



Sparda-Bank Hamburg eG

Geschäftsbericht 2025

Sparda-Bank

— Hamburg —

Kennzahlen Geschäftsjahr 2025

Geschäftsjahr		2025	2024	Veränderung
Bilanzsumme	Mio. EUR	5.543,8	5.168,5	7,3 %
Kundenkreditbestände	Mio. EUR	2.873,9	2.558,1	12,3 %
Kundeneinlagen	Mio. EUR	4.980,4	4.560,6	9,2 %
Täglich fällige Kundeneinlagen	Mio. EUR	2.911,3	2.744,1	6,1 %
Zinsüberschuss	Mio. EUR	85,3	75,1	13,6 %
Provisionsüberschuss	Mio. EUR	17,3	22,1	-21,8 %
Jahresüberschuss	Mio. EUR	6,8	6,6	3,3 %
Mitglieder	Anzahl	207.860	210.840	-1,4 %
Kundinnen und Kunden	Anzahl	267.954	266.068	0,7 %



Informationen zu den Auszeichnungen aus dem Jahr 2025 und zu weiteren Auszeichnungen finden Sie unter www.sparda-bank-hamburg.de/testsieger

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Das vergangene Geschäftsjahr war für unsere Bank ein erfolgreiches Jahr. Wir konnten neue Kundinnen und Kunden gewinnen und unser Geschäft nachhaltig ausbauen. Über diese positive Entwicklung freuen wir uns sehr und sehen sie zugleich als Ansporn, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen.

Hamburg wächst – Prognosen zufolge wird die Hansestadt im Jahr 2030 mehr als zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen. Diese Entwicklung ist weit mehr als eine reine Kennzahl: Sie spiegelt die hohe Attraktivität der Stadt, ihre wirtschaftliche Dynamik und die besondere Lebensqualität wider. Und sie hat Strahlkraft: Mit Hamburg wächst nicht nur die Hansestadt, sondern die gesamte norddeutsche Metropolregion.

Als Bank sind wir ein aktiver Mitgestalter dieser Entwicklung. Auch wir befinden uns auf einem klaren Wachstumskurs. Dieses Wachstum bemisst sich



Foto: David Maupile

Stephan Liesegang (l.), Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Hamburg eG, Christian Heins, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Vorstandsmitglied Jörn Ehrke.

für uns nicht allein an Kennzahlen wie gesteigerten Kundenzahlen oder einer gewachsenen Bilanzsumme. Genauso wichtig ist für uns die Qualität und Zukunftsfähigkeit unserer Angebote. Wir investieren gezielt in die Weiterentwicklung unserer Leistungen, in digitale Lösungen und in persönliche Beratung – immer mit dem Ziel, unseren Kundinnen und Kunden echte Mehrwerte zu bieten.

Unser Blick richtet sich bewusst nach vorn. Unser Leitmotiv lautet „Weiter

wachsen – Zukunft gestalten“. Es beschreibt den Anspruch, Chancen aktiv zu nutzen, die Attraktivität der Sparda-Bank Hamburg weiter auszubauen und die richtigen Grundlagen für morgen zu schaffen.

Wir danken allen Mitgliedern für ihr Vertrauen und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren täglichen Einsatz. Als starke Gemeinschaft übernehmen wir Verantwortung – für unsere Region und für die Zukunft unserer Sparda-Bank Hamburg.

Stephan Liesegang
(Vorstandsvorsitzender)

Christian Heins
(stellv. Vorstandsvorsitzender)

Jörn Ehrke
(Vorstand)

Inhalt

Geschäftsjahr 2025

Kompakt	4	Jahresabschluss 2025	17
Lagebericht 2025	6	Vorschlag für die Ergebnisverwendung	26
Bericht des Aufsichtsrates	16	Bestätigungsvermerk	29

Persönlich und digital: Wir sind für Sie da

Wir sind für unsere Kundinnen und Kunden da – digital und vor Ort. Sie entscheiden, ob sie unser modernes Online- und Mobile-Banking nutzen oder den Service in einer unserer Filialen. Auch in digitalen Zeiten bleibt Nähe für uns wichtig: Denn Vertrauen und passgenaue Lösungen entstehen im Dialog. Ein zentraler Anlaufpunkt ist unsere Website: Ob Produkt- oder Serviceinformationen, Terminvereinbarung oder die Filial- und Geldautomatensuche – hier gibt es alles an einem Ort. Auch auf digitalen Kanälen wie Instagram, LinkedIn und Facebook sind wir präsent.



Eine Empfehlung ist unser kostenloser Newsletter „SpardaInfo“: Er bietet

monatlich Tipps rund um Geld und Finanzen, Gewinnspiele und regelmäßige Updates zu Aktionen, Services oder unserem Online-Banking. Einfach anmelden unter www.sparda-bank-hamburg.de/newsletter



Unter @spardabankhamburg sind wir auf Instagram zu finden. Dort bringen wir Finanztipps, Infos zum Online- und Mobile-Banking oder Gewinnspielen in Bildern und Videos auf den Punkt. www.instagram.com/spardabank-hamburg

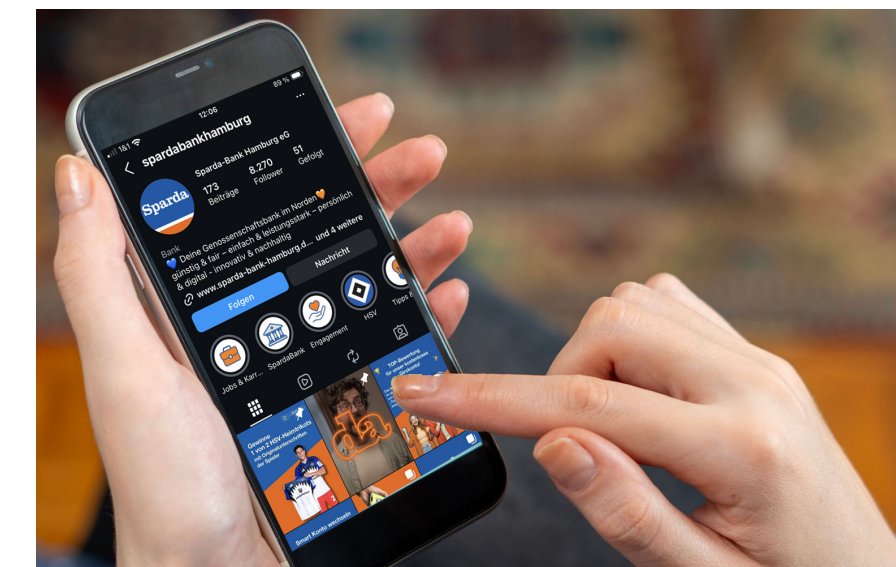


Foto: iStock/zzetugumen, Sparda-Bank Hamburg

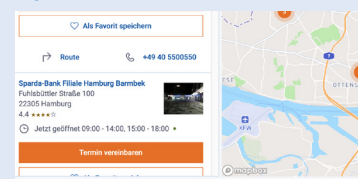


Unter @SpardaBankHamburg gibt es auf Facebook spannende Inhalte zu Events in der Region, praktische Ratgeberthemen oder Gewinnspiele zu entdecken. Mehr dazu unter www.facebook.com/SpardaBankHamburg



Auf LinkedIn blicken wir hinter die Kulissen unserer Bank: Wir geben Einblicke in unsere Unternehmenskultur, präsentieren uns als Arbeitgeber und zeigen Karrierechancen auf unter www.linkedin.com/company/sparda-bank-hamburg-eg

Sparda-Filialfinder



Von Mensch zu Mensch sind wir selbstverständlich vor Ort präsent. Mit dem Filialfinder lässt sich der nächste Sparda-Standort schnell ermitteln. www.sparda-bank-hamburg.de/standorte



Foto: Loki Schmidt Stiftung

Leben schenken – Moore retten

In der Partner-Aktion „Leben schenken – Moore retten“ setzten die Sparda-Bank Hamburg, das UKE, die Loki Schmidt Stiftung und Schirmherr Kostja Ullmann (2.v.r.) ein starkes Zeichen für Gesundheit und Naturschutz. Die Initiative verbindet zwei Anliegen: die lebenswichtige Blutspende und den Schutz der Moore als Kohlenstoffspeicher.

Die Sparda-Bank Hamburg förderte 2025 jede im UKE geleistete Blutspende mit 1 Euro zugunsten von Moorschutzprojekten. Insgesamt wurde so eine Spendensumme von 20.000 Euro für 2025 erreicht. Vorstandsvorsitzender Stephan Liesegang betont: „Mit der Aktion verbinden wir diese beiden lebenswichtigen Themen und rufen gemeinsam zum Blutspenden auf.“

Foto: Thomas Ecke / DISQ/ntv



Die Sparda-Bank Hamburg erhält den Deutschen Fairness-Preis

Die Sparda-Bank Hamburg eG wurde 2025 erneut mit dem Deutschen Fairness-Preis ausgezeichnet und ist Gesamtsieger in der Kategorie „Genossenschaftsbanken“. Diese Anerkennung verdanken wir vor allem dem Zuspruch unserer Kundinnen und Kunden. Der Preis wird vom Deutschen Institut für Service-Qualität in Kooperation mit dem Nachrichtensender ntv vergeben und basiert auf einer Kundenbefragung mit mehr als 66.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Bewertet wurden unter anderem das Preis-Leistungs-Verhältnis, Zuverlässigkeit sowie die Weiterempfehlungsbereitschaft. Stellvertretend für die Bank nahm unser Generalbevollmächtigter Axel Krohn (3. v. l.) die Auszeichnung bei der Preisverleihung in Berlin entgegen. Wir verstehen die erneute Ehrung als Bestätigung und zugleich als Ansporn, unseren Service konsequent weiterzuentwickeln – und weiterhin mit Herz, Transparenz und Fairness für unsere Kundinnen und Kunden da zu sein.

Sparda Campus Ottensen

Die Vorbereitungen für den Bau unserer neuen Firmenzentrale „Sparda Campus Ottensen“ laufen auf Hochtouren. Die Abrissarbeiten des baufälligen Altbestandes an der Barnerstraße sind weitestgehend fertig und die Planungen für den Neubau zum Großteil abgeschlossen. Im Mittelpunkt steht eine zukunftsweisende Raumgestaltung mit modernen Arbeitswelten, die gezielt auf die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugeschnitten sind und moderne Technologien für effiziente und smarte Arbeitsprozesse integriert. Das Konzept umfasst zudem eine moderne Bankfiliale mit umfassendem Beratungsangebot sowie einem großzügigen Servicebereich für Kundinnen und Kunden.

SPARDA CAMPUS

OTTENSEN

Foto: Ulrich Perrey, Sparda-Bank Hamburg



Neues Konto – neuer Baum gepflanzt

Mit unseren nachhaltigen Girokonten Sparda Horizont und Sparda Young Horizont leisten Kundinnen und Kunden einen Beitrag zum Erhalt heimischer Wälder: Für jedes neu eröffnete Konto pflanzen wir in Kooperation mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald einen Laubbaum. 2025 haben wir die Setzlinge gemeinsam mit unseren Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Marmstorfer Wald in die Erde gebracht. Noch mehr Informationen zu unserem nachhaltigen Engagement sind in unserem Nachhaltigkeitsreport für das Jahr 2025 nachzulesen. Darin dokumentieren wir umfassend, wie Nachhaltigkeit in der Sparda-Bank Hamburg eG verankert ist und praktisch umgesetzt wird. Den Report gibt es online unter der Adresse www.sparda-bank-hamburg.de/nachhaltigkeitsbericht

Lagebericht

Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Hamburg eG ist eine Bank, die traditionell auf das Privatkundengeschäft spezialisiert ist. Die Hauptzielkunden/-mitglieder der Bank sind daher insbesondere Angestellte, Arbeiter, Beamte, Rentner/Pensionäre und Freiberufler. Zusätzlich wird auch das Baufinanzierungsgeschäft für Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften betrieben. Das Geschäftsgebiet der Bank erstreckt sich dabei auf das Bundesland Schleswig-Holstein, die Freie und Hansestadt Hamburg sowie den nördlichen Teil des Bundeslandes Niedersachsen. Die Sparda-Bank Hamburg eG ist eine eingetragene Genossenschaft, die der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen ist.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Konjunktur in Deutschland

Wirtschaft stabilisiert sich

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.

Globale und inländische Faktoren verhindern Erholung

Zwar hat sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten, unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik, und anhaltenden inländischen Strukturproblemen, wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, dämpfte die Konjunktur. Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Schwacher Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3 %.

Unveränderte Inflationsrate

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 % zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 % im September und 1,8 % im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 % der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 %). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 %), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 %) sowie Gaststättendienstleistungen (+4,0 %) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 % (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 % nach +1,4 % im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 % nach -3,2 %) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Finanzmärkte

Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen

erhöhte – allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Geldpolitik steht vor verschiedenen Herausforderungen

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichener Inflationsausblick. Im Euroraum liegt die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevante Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erweist sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 liegt diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 %. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen „Meeting-by-Meeting“-Ansatzes spielten im vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine größere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 % für das Jahr 2026, gefolgt von 1,8 % und 2,0 % in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0 %-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2 % in etwa erreicht werden. In den USA erweist sich die Inflation als hartnäckiger. Die von der Fed besonders beachtete Personal Consumption Expenditure (PCE)-Rate bewegte sich im Jahresverlauf seitwärts und lag im November 2025 bei 2,8 %. Die Kerninflation lag zuletzt ebenfalls bei 2,8 %. Im Vergleich zu den Januarwerten von 2,6 % (PCE) beziehungsweise 2,8 % (PCE-Kerninflation) ist somit keine nennenswerte Verbesserung eingetreten, und die Inflation befindet sich weiterhin deutlich oberhalb des Inflationsziels. Entsprechend agierte die Fed vorsichtiger. Die für das duale Mandat gleichermaßen entscheidende Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigte im Jahresverlauf leichte Schwächeanzeichen, was die Fed schließlich zu Zinssenkungen veranlasste.

USA: Fed sieht sich politischen Angriffen ausgesetzt

Die US-Notenbank hat im Jahr 2025 ihre geldpolitische Lockerung trotz eines Inflationsniveaus oberhalb des Inflationsziels fortgesetzt. Neben weiteren Zinssenkungen zählt hierzu auch die Ankündigung, die quantitative Straffung (Quantitative Tightening, QT) im Dezember 2025 einzustellen. Damit ist der Abbau von Beständen an Wertpapieren in der Fed-Bilanz aus früheren Ankaufprogrammen gemeint. Der Leitzins in den USA lag zu Jahresbeginn 2025 in einem Korridor von 4,25 bis 4,5 %. Nach drei Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte 2025 liegt der Leitzins zum Jahresende in einem Korridor von 3,5 bis 3,75 %. Anders als die EZB mit dem primären Mandat Preisstabilität, verfolgt die Fed ein duales Mandat mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als Zielgrößen. In ihren Begründungen für die geldpolitische Lockerung verweist die Fed auf Schwächen am Arbeitsmarkt, die unter Risikoabwägungen hinsichtlich der beiden Zielgrößen trotz weiterhin erhöhter Inflation geldpolitische Lockerungsschritte angemessen erscheinen lassen. Für Verunsicherung sorgen die zunehmenden Angriffe der US-Regierung auf die unabhängige Notenbank. Die US-Administration fordert offen deutliche Zinsschritte und versucht durch

Neubesetzungen sowie juristische Schritte gegen Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums Einfluss auf die Geldpolitik zu nehmen. Während es der Fed bislang gelang, sich diesen Angriffen zu widersetzen, droht bei einer Schwächung der Institution und Zweifeln an der Unabhängigkeit der Geldpolitik eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Transmission, eine weiter zunehmende Inflationsrate und höhere langfristige Zinsen. Nachdem die US-Notenbank ihren geldpolitischen Straffungskurs mit einem Leitzinskorridor von 5,25 bis 5,5 % Mitte 2023 beendet hatte, leitete sie in der zweiten Jahreshälfte 2024 die Zinssenkungsphase ein. Auch der Abbau der Bestände an Staatsanleihen und Mortgage-Backed Securities (hypothekarisch besicherte Wertpapiere) wurde fortgesetzt, allerdings ab Juni bei Staatsanleihen mit vermindertem Tempo. Gut ausgefallene Daten zur konjunkturellen Lage in den USA stimmten hoffnungsvoll, dass die Fed ein sogenanntes „soft landing“ erreichen wird, d. h. eine Rückführung der hohen Inflation ohne starke konjunkturelle Einbußen.

Europa: EZB im neutralen Bereich angekommen

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings – anders als die Fed – in der ersten Jahreshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau der geldpolitisch relevanten Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 %, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100 Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit liegt der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 %. Die Inflationsrisiken scheinen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestehen etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euros, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestehen durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Abbau der Anleihebestände bei der EZB wurde fortgesetzt

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung durch den schrittweisen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Die Bestände der APP- und PEPP-Portfolios nahmen kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert wurden. Zum Jahresende belief sich der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen auf rund 3,7 Billionen Euro.

Anleihemärkte: Grundgesetzänderung sorgt für nachhaltige Renditebewegung

Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die

Anleihekurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen und nachhaltigen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führen. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets kurzzeitig auf knapp 3 %, bevor sie sich bei etwa 2,7 % einpendelte. Dort verblieb sie mit geringen Schwankungen etwa über den weiteren Jahresverlauf und schloss das Jahr bei 2,85 % ab. Die Zinsaufschläge zu Bundesanleihen für französische Papiere liegen durch die politisch instabile Lage in Frankreich bei etwa 70 Basispunkten. Damit liegen sie seit längerem erstmals wieder höher als die für italienische Papiere, die sich zum Jahresende auf etwa 65 Basispunkte eingependelt haben.

Langlaufende Anleihen bleiben trotz geldpolitischer Lockerungen hoch

Die Renditen amerikanischer und britischer Anleihen entwickelten sich ähnlich wie im Euroraum, allerdings auf höherem Niveau. Zehnjährige US-Anleihen starteten mit einer Rendite von 4,57 % ins Jahr 2025 und erreichten bereits im Januar mit 4,79 % den höchsten Stand des Jahres auf Schlusskursbasis. In der zweiten Jahreshälfte setzte zusammen mit den Zinssenkungen der Fed eine leichte Abwärtsbewegung ein. Zum Jahresende notierten die zehnjährigen Papiere bei 4,16 %. Im Vereinigten Königreich blieben die Renditen auf Jahressicht nahezu unverändert. Zu Jahresbeginn lagen sie wie ihre amerikanischen Pendanten für zehnjährige Titel bei 4,57 %. Zum Jahresende notierten sie mit 4,47 % nur leicht darunter. Unsicherheiten über fiskalische Spielräume sorgten im Vereinigten Königreich für Zinsaufschläge.

Renditestruktur am Anleihemarkt bleibt aufwärtsgerichtet

Die Zinsstrukturkurve verläuft – gemessen an der Renditedifferenz von Anleihen mit Restlaufzeiten von zehn und zwei Jahren – für deutsche und amerikanische Anleihen weiterhin normal steigend. Im Jahresverlauf hat sich der Renditeabstand weiter vergrößert und liegt für deutsche und amerikanische Anleihen zum Jahresende bei etwa 70 Basispunkten. Auch am noch längeren Ende der Zinsstruktur kam es zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge: So notieren 30-jährige Papiere in Deutschland etwa 60 Basispunkte über zehnjährigen, in den USA beläuft sich der Aufschlag auf knapp 70 Basispunkte. Eine spürbare Auswirkung auf die Zinsaufschläge hatte der sogenannte „Befreiungstag“ („Liberation Day“) in den USA am 2. April 2025, an dem der US-Präsident umfassende Importzölle gegen nahezu alle Handelspartner der USA verkündete und dadurch panische Reaktionen an den Finanzmärkten auslöste. Die Zinsaufschläge stiegen in diesem Zusammenhang sprunghaft und nachhaltig an.

Euro wertet gegenüber Handelspartnern deutlich auf

Die europäische Gemeinschaftswährung startete mit einem Kurs von 1,0355 US-Dollar in das Jahr 2025 und tendierte in den ersten Handelswochen eher seitwärts. Die Ankündigungen des deutschen Fiskalpakets im März 2025 und der amerikanische „Befreiungstag“ im April sorgten für eine deutliche und nachhaltige Aufwertung des Euros. Bis Juli 2025 hielt die Aufwärtsbewegung an, bevor der Euro-US-Dollar-Wechselkurs in eine Seitwärtsbewegung überging, in der er mit leichten Schwankungen bis zum Jahresende verblieb. Zum Jahresschluss kostete ein Euro 1,1745 US-Dollar. Die Stärke des Euros beschränkte sich dabei nicht auf den US-Dollar. Der effektive Wechselkurs des Euros gegenüber den 41 wichtigsten Handelspartnern erreichte im vergangenen Jahr ein Allzeithoch, nahe dem er das Handelsjahr beschloss. Verunsicherung über die erratische Politik in den USA sorgte für Abflüsse aus dem US-Dollar und eine Stärkung des Euros. Auch die veränderten Zinserwartungen sowie die Aussicht und Hoffnung auf weitere Zinssenkungen der Fed trugen zur US-Dollar-Abwertung bei. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des gesamten Euroraums hat sich durch die effektive Aufwertung verschlechtert.

DAX beendet das Jahr nach Allzeithoch

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen „Befreiungstag“ in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

„Befreiungstag“ sorgt für kurzfristige Turbulenzen

Die größten Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im vergangenen Jahr wurden vermutlich durch den amerikanischen „Befreiungstag“ am 2. April 2025 ausgelöst. Der US-Präsident kündigte Zölle gegen eine Reihe von Ländern an, die mindestens 10 % auf Importe für alle Länder vorsahen und für einzelne Länder deutlich höher ausfielen. In Europa und den USA gaben die Aktienmärkte innerhalb weniger Tage um über 10 % nach. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen stiegen in den darauffolgenden Tagen in der Spitze um mehr als 25 Basispunkte, der Euro wertete um über 2,5 % auf und der Ölpreis fiel angesichts der Aussichten auf eine geringere globale Nachfrage innerhalb weniger Tage um rund 16 %. Zumindest vorübergehend schien das Vertrauen in den Status der US-Währung als sicherer Hafen beschädigt. Üblicherweise wertet der US-Dollar unter Finanzmarktstress auf und US-Anleihen gewinnen an Wert. Die heftige Reaktion der Finanzmärkte gilt aber auch als ein Grund, warum die US-Regierung zeitnah einlenkte und die Zölle nach einigen Tagen wieder aussetzte, um Verhandlungen mit den

einzelnen Ländern einzuleiten. Die Ankündigung der Aussetzung der Zölle sorgte für eine deutliche Erholung an den Finanzmärkten mit klaren Kursgewinnen.

Aktienmärkte beenden das Jahr 2025 mit deutlichem Plus und erhöhten Bewertungen

Den Turbulenzen rund um den „Befreiungstag“ folgte weltweit eine Aufwärtsbewegung. Bezogen auf die Schlusskurse erreichte der DAX am 9. Oktober 2025 mit 24.611 Punkten den höchsten Stand des Jahres und schloss das Jahr nur leicht darunter, mit einem Plus von 23,01 % im Jahresvergleich. Auch die europäischen Aktienmärkte beendeten das Jahr mit Gewinnen: Der Euro STOXX 50 stieg im Jahresverlauf um 18,29 %. Der französische CAC 40 verzeichnete ein Wachstum von 10,42 %, wobei hier die politischen Unsicherheiten um die angeschlagene Regierung belasteten. Der italienische FTSE MIB erzielte ein Plus von 31,47 %. Die amerikanischen Indizes entwickelten sich etwas schwächer als die Europäischen: Der S&P 500 Composite legte um 16,39 % zu, der Dow Jones Industrial Average stieg um 12,97 %. Der Nasdaq Composite erzielte hingegen, getrieben von KI-Hoffnungen und den großen Technologieunternehmen, einen Zuwachs von 20,36 %. Der britische FTSE 100 legte um 21,51 % zu, der japanische Nikkei 225 stieg um 26,18 %. Die hohen Kursgewinne führten zu erhöhten Bewertungen an den Aktienmärkten. Die Bewertung europäischer Aktien liegt dabei über ihrem langfristigen Durchschnitt, während sich die Bewertung amerikanischer Aktien nahe ihren historischen Höchstständen bewegten.

Leistungsindikatoren

Definition unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

Als bedeutsamer Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Teilbetriebsergebnisses zur durchschnittlichen Bilanzsumme festgelegt. Das Teilbetriebsergebnis misst die Ertragskraft der Bank aus dem originären Geschäft vor Bewertung und sonstigen Ergebnissen in Relation zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen. Betriebswirtschaftlich sonstige und neutrale Erfolgsfaktoren und Ertragssteuern sowie Bewertungseffekte bleiben unberücksichtigt. Die Leistungskennzahl unterscheidet sich insofern von der Gewinn- und Verlustrechnung.

Als weiteren bedeutsamen Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (CIR) bestimmt. Sie stellt das Verhältnis von Aufwendungen zu den Erträgen dar. Betriebswirtschaftlich sonstige und neutrale Erfolgsfaktoren und Ertragssteuern sowie Bewertungseffekte bleiben unberücksichtigt.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamer Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR.

Entwicklung unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 stellt sich wie folgt dar:

Unsere Teilbetriebsergebnisquote hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht von 0,76 % auf 0,72 % reduziert, lag jedoch im Geschäftsjahr deutlich über dem Planniveau (0,66 %).

Die CIR lag im Geschäftsjahr bei 59,5 % und hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 62,0 % verbessert. Auch der Planwert für das Geschäftsjahr wurde deutlich unterschritten (Plan: 62,9 %). Die Gesamtkapitalquote belief sich auf 18,83 % und damit, aufgrund gegenüber der Planung gestiegener risikogewichteter Aktiva, die durch gestiegene Eigenmittel teilweise kompensiert wurden, um 1,71 % unter der Planung. Gegenüber dem Vorjahr ging die Gesamtkapitalquote leicht um 0,29 % zurück.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme gestiegen

Die Bilanzsumme erhöhte sich infolge des Einlagenwachstums um 7,26 % bzw. 375,3 Mio. EUR (Vorjahr: 7,5 % bzw. 361,6 Mio. EUR) auf 5.543,8 Mio. EUR.

Sparverhalten der Kundinnen und Kunden zog auch in diesem Jahr an

Aufgrund der vorhandenen Zinsangebote konnte ein Anstieg der Kundengelder erreicht werden. Das Wachstum lag bei 9,2 % bzw. 419,8 Mio. EUR. Die Bestände erhöhten sich auf insgesamt 4.980,4 Mio. EUR (Vorjahr: Steigerung um 5,4 % bzw. 234,7 Mio. EUR).

Termineinlagen gestiegen

Die Termineinlagen sind im Jahr 2025 weiter deutlich gestiegen. Der Fokus lag hier auf den kurz- und mittelfristigen Anlagen (1 Jahr bis 5 Jahre). Der Bestand der Termineinlagen stieg um 228,6 Mio. EUR bzw. 24,3 % auf 1.170,0 Mio. EUR an.

Anstieg bei den täglich fälligen Einlagen

Die täglich fälligen Einlagen konnten im Jahr 2025 wieder um 6,1 % bzw. 167,2 Mio. EUR auf 2.911,3 Mio. EUR ausgebaut werden (Vorjahr: Anstieg um 1,4 % bzw. 38,1 Mio. EUR).

Spareinlagen gestiegen

Die Spareinlagen sind 2025 um insgesamt 2,7 % bzw. 24,0 Mio. EUR auf 899,1 Mio. EUR gestiegen. Zugänge gab es vor allem bei dem Sparprodukt Sparda Dynamic, dessen Bestände um 52,6 Mio. EUR bzw. 137,9 % auf 90,8 Mio. EUR anstiegen.

Wachstum im Kundenkreditgeschäft

Im Jahr 2025 sind die Kreditbestände (inkl. Eventualverbindlichkeiten) gegenüber dem Vorjahr um 12,3 % bzw. 315,8 Mio. EUR auf 2.873,9 Mio. EUR (Vorjahr: +6,5 % oder +160,4 Mio. EUR) gestiegen. Die Neubewilligungen im Baufinanzierungsgeschäft erreichten ein Volumen von 537,1 Mio. EUR (Vorjahr: 405,6 Mio. EUR).

Kaum Veränderungen in den Kreditstrukturen

Der Anteil der Kundenforderungen am Geschäftsvolumen zum Bilanzstichtag stieg im Jahr 2025 auf 51,6 % (Vorjahr: 50,6 %). Die Strukturanteile der Kreditarten am Gesamtkreditvolumen zeigen einen Rückgang bei den Baukrediten sowie den privaten Krediten. Die Rückgriffsforderungen sind leicht angestiegen:

Kreditart:	31.12.2025	31.12.2024
Dispositionskredite	1,0 %	1,0 %
Private Kredite	4,3 %	4,5 %
Baukredite und Sonstige	94,1 %	94,3 %
Rückgriffsforderungen	0,6 %	0,2 %

Günstige Fördermittel für Kunden und Mitglieder

Im Rahmen einer ganzheitlichen Beratung der Kunden und Mitglieder im Immobilien-Finanzierungsgeschäft wurden 2025 9,2 Mio. EUR (Vorjahr: 9,7 Mio. EUR) Fördermittel von der Investitions- und Förderbank Hamburg und 5,98 Mio. EUR (Vorjahr: 3,13 Mio. EUR) von der Investitions- und Förderbank Schleswig-Holstein vermittelt. Es wurden im Jahr 2025 keine Wohn-Riester-Darlehen an die Bausparkasse Schwäbisch Hall vermittelt (Vorjahr: 0,06 Mio. EUR).

Kontokorrentkredite und private Kredite angestiegen

Die Kontokorrentkredite sind um 9,6 % bzw. 2,5 Mio. EUR auf 28,4 Mio. EUR angestiegen. Die Bestände der privaten Kredite sind ebenfalls angestiegen. Sie erhöhten sich um 7,2 % bzw. 8,3 Mio. EUR auf 123,9 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich gefallen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich deutlich um 86,1 Mio. EUR auf 97,3 Mio. EUR. Die Reduzierung resultiert hauptsächlich aus fällig gewordenen Repo-Geschäften.

Eigenanlagen nochmals zugelegt

Die Eigenanlagen erhöhten sich 2025, da nicht die gesamte Liquidität aus den Kundeneinlagen in das Kreditgeschäft floss. Die Eigenanlagen stiegen um 8,1 % bzw. 161,9 Mio. EUR an. Die Summe aus Barreserven, Bankguthaben und Wertpapieranlagen stieg durch den Zufluss von Kundeneinlagen insgesamt um 5,4 % oder 131,8 Mio. EUR auf 2.593,1 Mio. EUR. Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme betrug am Jahresende 39,2 % (Vorjahr: 38,9 %).

Im Zuge des Ausbaus der bestehenden Partnerschaft erwarb die Bank im Geschäftsjahr über den UIN Fonds Nr. 1141 einen

Anteil in Höhe von rund 7,5 % an der HSV Fußball AG & Co. KGaA.

Die Wertpapier-Kategorien entwickelten sich wie folgt:

Wertpapier-Kategorie	31.12.2025 Mio. EUR	31.12.2024 Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.517,8	1.356,1
UIN Fonds NR. 1141	631,5	631,5
Publikumsfonds AV	21,9	21,7
Publikumsfonds UV	0,0	0,0
Gesamt	2.171,2	2.009,3

Sachanlagen ausgeweitet

Während des Niedrigzinsniveaus hat die Bank Ende 2020 damit begonnen, ein Portfolio eigener Immobilien in ihrem Geschäftsgebiet aufzubauen. Im Jahr 2025 wurde dieses Investment gehalten, es wurden keine weiteren Zukäufe in Immobilien zwecks Vermietung getätigt. Bereits im Jahr 2024 wurde das Grundstück für die zukünftige Hauptstelle erworben. Insgesamt erhöhten sich die Sachanlagen im Geschäftsjahr um 1,4 Mio. EUR auf 80,6 Mio. EUR.

Derivategeschäfte

Im Geschäftsjahr 2025 wurden keine derivativen Geschäfte mit Kunden getätigt.

Fondsbestände der Kundinnen und Kunden wieder ansteigend

Das Fondsgeschäft hat sich auch im Jahr 2025 positiv, jedoch verhaltener als im Vorjahr, entwickelt. Der Nettozufluss belief sich auf 18,4 Mio. EUR (Vorjahr: 72,7 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der Kurswertänderungen stieg der Fondsbestand auf Anlagekonten der Union Investment 2025 um 36,4 Mio. EUR auf 1.331,6 Mio. EUR. Die Anzahl der Anlagekonten erhöhte sich um 0,4 % bzw. 346 Konten auf 85.437 Konten.

Depotgeschäft GENO Broker

Das Kundenwertpapier-Depotgeschäft (ohne bankeigene Wertpapiere) wird über die GENO Broker GmbH geführt. Der Kunden-Depotbestand beim GENO-Broker beläuft sich auf 3.574 (Vorjahr: 3.557) Stück bzw. ein verwaltetes Depotbestandsvolumen in Höhe von 251,7 Mio. EUR (Vorjahr: 212,7 Mio. EUR). Im Jahr 2025 wurden 20.370 Transaktionen (Vorjahr: 17.797) durchgeführt.

Versicherungsvermittlung

Im Jahr 2025 betrug das Beitragsvolumen aus Lebens- und Restschuldversicherungen 4,0 Mio. EUR (Vorjahr: 4,58 Mio. EUR). Mit einer Vermittlung von 871 Versicherungsverträgen (Vorjahr: 1.553) an die DEVK-Versicherung und die Credit Life reduzierte sich die Anzahl der vermittelten Versicherungen dieser Sparten. Daneben wurden für die Mitglieder und Kunden im Bereich der Sach- und Kfz-Versicherungen 2.282 Verträge (Vorjahr: 2.321 Verträge) abgeschlossen.

Abgeschlossenes Bausparvolumen rückläufig

Der Vertrieb von Bausparverträgen der Bausparkasse Schwäbisch Hall war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Das vermittelte Volumen fiel um 10,2 % auf 121,1 Mio. EUR (Vorjahr: -5,2 % bzw. 134,9 Mio. EUR).

Kundenzahl und Girokonten gestiegen

Der Kundenbestand erhöhte sich 2025 um netto 1.886 Stück bzw. 0,71 % (Vorjahr: +0,66 %) auf 267.954 Stück. Den 7.447 Zugängen standen 5.561 Abgänge gegenüber. Gleichzeitig haben sich 2025 die Girokonten um netto 2.222 Stück (ohne Unterkonten) oder 1,20 % (Vorjahr: +1,18 %) auf 187.618 Stück erhöht. 8.423 Neueröffnungen standen dabei 6.201 Kontoabgänge gegenüber.

Mitgliederbestand gefallen, Geschäftsguthaben gestiegen

Der Mitgliederbestand reduzierte sich 2025 um netto 2.980 oder 1,41 % (Vorjahr: -1,14 %) auf 207.860. Den 2.088 Beitritten standen 5.068 Abgänge gegenüber. Aufgrund der im Schnitt größeren Anzahl gezeichneter Anteile bei den Neumitgliedern sowie Aufstockungen bei Bestandsmitgliedern stieg die Anzahl der Mitgliedsanteile. Die Mitglieder hielten am Jahresende 2.966.368 Anteile (Vorjahr: 2.494.410).

Personal- und Sozialbereich

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist mit 225,25 Vollzeit- und 119,75 Teilzeitkräften sowie 28 Auszubildenden im Jahr 2025 leicht gestiegen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt bei 44 Jahren, wobei 53,96 % der Belegschaft weiblich und 46,04 % männlich sind.

Neben der Ausbildung junger Menschen bieten wir auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein umfassendes Schulungsangebot an und schaffen somit die Voraussetzung, dass sie sich das notwendige Wissen für die tägliche Arbeit aneignen und erhalten können. Dazu gehören neben Workshops und Schulungen zu diversen Themen auch Fachseminare. Die Personalentwicklung konzentrierte sich im Jahr 2025 auf die Stärkung der Beratungskompetenzen mit besonderem Fokus auf den Auf- und Ausbau persönlicher digitaler Beratungskompetenz. Weitere Schwerpunkte lagen im Bereich der Führungskräfteentwicklung und des Talentmanagements. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 2.150 Seminarteilnehmertage absolviert. Statistisch besuchte eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter 5,58 Schulungstage im Jahr 2025. Für Schulungsmaßnahmen wurde ein Betrag von ca. 575 TEUR eingesetzt.

Ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in einem speziellen Qualifizierungsprogramm systematisch auf die Service- und Kundenberatung vorbereitet und weitergebildet. Auch im Rahmen der Umsetzung der IDD (Versicherungsvertriebsrichtlinien) wurde in umfangreiche Weiterbildungszeiten investiert.

Nachhaltigkeit

Gemäß ihrer strategischen Ausrichtung steht die Sparda-Bank Hamburg eG als genossenschaftliches Institut seit ihrer Gründung für verantwortungsbewusstes und zukunftsorientiertes

Handeln. Unsere Struktur basiert auf den klaren Grundsätzen der wirtschaftlichen Förderung unserer Mitglieder, der gemeinsamen Teilhabe und einem hohen Maß an Selbstverantwortung. Diese Werte prägen unser Geschäftsmodell und richten es konsequent auf langfristige Stabilität und nachhaltiges Wirtschaften aus.

Nachhaltiges Handeln prägt unser Unternehmensleitbild in besonderem Maße. Es orientiert sich an den ESG-Kriterien, also an den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung, und umfasst sämtliche wesentlichen Handlungsfelder unseres Hauses. Für das Jahr 2025 haben wir zum zweiten Mal einen Nachhaltigkeitsreport veröffentlicht. Dieser enthält umfassende Daten sowie zahlreiche Beispiele aus der Praxis zu allen drei Dimensionen unseres nachhaltigen Engagements. Die Maßnahmen aus allen Unternehmensbereichen werden im Nachhaltigkeitscockpit des BVR dokumentiert und durch einen Reifegradfächer bewertet. Im Jahr 2025 konnte der Nachhaltigkeitswert von 2,2 zu Beginn des Jahres auf 2,3 zum Jahresende gesteigert werden.

Die Sparda-Bank Hamburg eG verfolgt seit 2013 das Prinzip, CO₂-Emissionen zu vermeiden oder – wo das nicht möglich ist – zu reduzieren. Für noch nicht vermeidbare Emissionen unterstützen wir mit einem finanziellen Beitrag zertifizierte Klimaschutzprojekte. Im Jahr 2025 lag dieser bei umgerechnet 915 t CO₂e. Die Zertifikate stammen aus dem Keo Seima Waldschutzprojekt (Kambodscha, Verra/CCB Gold), dem Klim Regenerative-Landwirtschaft-Projekt (Deutschland, ISO/TÜV) und Bioenergie Grauel Biochar (Deutschland, CSI).

In der Ausgabe 04/2025 der Zeitschrift Finanzen hat die Stiftung Warentest 117 Banken auf ihre Nachhaltigkeit geprüft. Insgesamt erfüllten nur 15 von 117 getesteten Banken die Mindestkriterien der Stiftung Warentest. In unserem Geschäftsgebiet ist die Sparda-Bank Hamburg die einzige Regionalbank, die als „nachhaltig“ ausgezeichnet wurde.

Die bereits bestehende Einkaufs- und Lieferantenrichtlinie wurde auch im Jahr 2025 weiter gefestigt und angewendet. Ein zentraler Bestandteil ist der Grundsatz, bevorzugt umweltfreundliche Produkte zu beschaffen – idealerweise aus regenerativen Rohstoffen, langlebig sowie reparatur- und recyclingfähig. Durch die gezielte Zusammenarbeit mit regionalen Partnern stärken wir die lokale Wirtschaft und minimieren Transportwege. Zudem setzen wir, wo immer möglich, auf digitale Lösungen, um Ressourcen zu schonen. Weiterhin achten wir konsequent darauf, dass unsere Lieferanten faire und gesetzeskonforme Arbeitsbedingungen gewährleisten.

Ein weiterer Baustein unseres nachhaltigen Handelns ist unser gesellschaftliches Engagement. Beim Gewinnsparen unterstützen unsere Kundinnen und Kunden durch den Kauf von Gewinnspargen jährlich über 100 gemeinnützige Vereine und Projekte in unserem norddeutschen Geschäftsgebiet. 2025 konnte abermals rund eine Million Euro an Fördermitteln für gemeinnützige Zwecke in den Kategorien Umweltschutz, Soziales und Sport ausgeschüttet werden. Ein Beispiel für unser Engagement im Bereich Umweltschutz war die Baumpflanzaktion in Kooperation mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald im Marmstorfer Wald. Gemeinsam mit unseren Kundinnen und Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden rund

3.000 Bäume bei der eintägigen Pflanzaktion gesetzt. Insgesamt haben wir 2025 5.100 Bäume gespendet und setzen uns damit proaktiv gegen das Baumsterben in unserer Region ein.

Auch im Jahr 2025 stand unsere Sparda-Bank Hamburg Stiftung Mitgliedern zur Seite, die unverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind oder davon bedroht sind. Zudem engagiert sich die Stiftung – unter anderem mit speziellen Aktionstagen – in der Präventionsarbeit, um bestimmte Notlagen bereits im Vorfeld zu verhindern.

Für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir im Jahr 2025 die Möglichkeit sich im Bereich ESG weiterzubilden ausgeweitet. So steht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im internen Bildungsportal eine Online-Schulung zur Verfügung.

Darstellung der Lage

Bilanzielles Eigenkapital weiter gestiegen

Im Jahr 2025 konnte das Eigenkapital der Sparda-Bank Hamburg eG weiter gesteigert werden. Die Geschäftsguthaben der Genossenschaft nahmen um 18,1 % oder 24,3 Mio. EUR auf 158,5 Mio. EUR zu. Die Rücklagen konnten durch Zuführung aus dem Jahresüberschuss um 1,6 % oder 2,4 Mio. EUR auf 153,0 Mio. EUR ausgebaut werden. Das bilanzielle Eigenkapital (einschließlich Jahresüberschuss 2025) erhöhte sich um 9,2 % oder 26,9 Mio. EUR auf 318,2 Mio. EUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote am Jahresende ist im Vergleich zum Vorjahr mit 5,7 % leicht gestiegen (Vorjahr: 5,6 %). Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,122 % (2024: 0,127 %).

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im gesamten Jahr 2025 erfüllt. Zum 31.12.2025 lag der Wert der anrechenbaren Eigenmittel bei 18,83 %.

Zahlungsbereitschaft der Bank war jederzeit gegeben

Den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die Kreditinstitute gestellten Anforderungen an die Liquidität wurde stets entsprochen.

Jahresüberschuss gestiegen

Ertragslage im Überblick	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Zinsüberschuss	85.315	75.104	10.211
Provisionsüberschuss	17.289	22.122	-4.833
Personalaufwand	29.255	28.845	409
Andere Verwaltungsaufwendungen	31.816	31.455	362
Sonstiges Ergebnis	1.286	1.789	-503
Bewertungsergebnis	-6.218	-3.035	-3.183
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	36.600	35.680	920
ao Ergebnis	0	0	0
Steuern	13.086	11.534	1.552
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	16.750	17.600	-850
Jahresüberschuss	6.764	6.546	218

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge erhöhte sich im Jahr 2025 um 10,2 Mio. EUR auf 85,3 Mio. EUR. Der Zinsüberschuss konnte durch höhere Erträge aus den Eigenanlagen und durch einen besseren Zinsertrag bei den Kundenaktiva erzielt werden. Der Zinsertrag stieg im Vergleich zum Vorjahr um 10,8 Mio. EUR. Die Zinsaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 0,6 Mio. EUR erhöht. Der Provisionsüberschuss hat sich um 4,8 Mio. EUR auf 17,3 Mio. EUR, vorwiegend aufgrund des Wegfalls eines Einmaleffekts aus dem Vorjahr, reduziert. Der Provisionsertrag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Mio. EUR auf 23,9 Mio. EUR reduziert. Der Personalaufwand erhöhte sich um 0,4 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen haben sich durch ein weiterhin stringentes Kostenmanagement über alle Kostenarten trotz inflationsbedingter Kostenerhöhungen nur leicht um 0,4 Mio. EUR erhöht. Das negative Bewertungsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Mio. EUR erhöht, belastet die Ertragslage aber weiterhin nur in geringem Umfang. Das Eigenkapital konnte durch Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken um 16,8 Mio. EUR gestärkt werden. Der Jahresüberschuss hat sich aufgrund des verbesserten Zinsüberschusses um 0,2 Mio. EUR auf 6,8 Mio. EUR verbessert.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklungen und allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten während des Geschäftsjahres ist die Ertragslage als zufriedenstellend einzustufen. Die Eigenkapitalausstattung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen und konnte im Geschäftsjahr weiter verbessert werden.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagement-Ziele und -Methoden der Bank

Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung der Sparda-Bank Hamburg eG ist es, die aus ihrem allgemeinen Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken bewusst und kontrolliert unter Beachtung der Renditeziele einzugehen. Damit wird dem strategischen Geschäftsziel Rechnung getragen, das eine Sicherstellung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit der Bank vorsieht. Dem Risikomanagement, also der Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung bestehender Risiken, kommt daher eine elementare Bedeutung zu. Die vom Gesamtvorstand in Kraft gesetzte Risikostrategie basiert auf den risikopolitischen Grundsätzen, die die Gesamtheit der zentralen Verhaltensregeln für den Umgang mit Risiken innerhalb der Sparda-Bank Hamburg eG darstellen.

Sie bilden die Grundlage für ein unternehmensweit möglichst einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement.

Die Risikopolitik im Kundenkreditgeschäft ist in der Kreditrisikostategie dokumentiert. Die Steuerung erfolgt im Rahmen der

normativen und ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit. Die Sparda-Bank Hamburg eG stellt sicher, dass die wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt ist. Das zur gezielten Steuerung implementierte Limitsystem ist gesondert im Risikohandbuch beschrieben. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z. B. Konjunkturschwankungen, neuen Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstigen sich verändernden Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie können sich insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken zeigen, aber auch in Form von Liquiditäts-, operationellen und sonstigen Risiken. Zur Identifizierung der wesentlichen Risiken führt die Sparda-Bank Hamburg eG jährlich oder anlassbezogen eine systematische Risikoinventur durch, die Risiken, die die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage wesentlich beeinflussen können, identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert. Die dabei identifizierten wesentlichen Risiken werden nachfolgend dargestellt.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken beinhalten im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls einer Person oder Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Sie umfassen sowohl klassische Ausfallrisiken als auch Migrationsrisiken und Credit-Spread-Risiken. Migrationsrisiken können entstehen, wenn sich die Bonitäten von Emittenten verschlechtern und der Marktwert von Anleihen sinkt. Credit-Spread-Risiken beinhalten die Gefahr negativer Auswirkungen aufgrund von Schwankungen des Zinsaufschlags für bestimmte Bonitätsklassen im Zeitverlauf.

Die Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen werden vom Emittentenrisiko dominiert. Zur Begrenzung von Emittentenrisiken sind Emittenten-, Größenklassen- und Ratingvorgaben festgelegt. Dabei werden die externen Ratings von Standard & Poor's (S&P), Moody's Investor Service und Fitch Ratings zugrunde gelegt. Für das Direktgeschäft gilt bei Erwerb ein Mindestrating von Baa3/BBB- (Moody's/S&P/Fitch).

Ein schwerer, konjunktureller Abschwung, der sich aus der Inflationsbekämpfung durch die EZB ergeben könnte, würde im Stressfall zu Abschreibungen bzw. stillen Lasten auf Eigenanlagen und Kundenkrediten und in der Folge zu geringeren Jahresergebnissen führen.

Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts liegt im Privatkundengeschäft. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Baufinanzierungsgeschäft mit Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften fortgesetzt. Große Teile des Kundenkreditvolumens sind grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Über ein indikatorbasiertes Frühwarnsystem können Kreditrisiken frühzeitig erkannt und separiert behandelt werden. Aufsichtsrechtlich werden Ausfallrisiken durch die Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR (EU-Verordnung) begrenzt, die von der Bank stets eingehalten werden.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln aufgrund von Änderungen der Marktlage zuungunsten des Inhabers entwickeln. Marktpreisrisiken schließen insbesondere Zinsänderungsrisiken, Kursänderungsrisiken, Aktienkursrisiken, Fondspreisrisiken und Immobilienpreisrisiken ein. Bedingt durch die Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Marktpreisrisiken überwiegend auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Marktpreisrisiken werden von der Sparda-Bank Hamburg eG in bedeutsamem Umfang eingegangen. Sie umfassen potenzielle Verluste, die sich aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen ergeben können. Zinsänderungsrisiken berechnet die Bank mithilfe von Zinsüberschuss-Simulationsrechnungen aufgrund verschiedener Zinsszenarien. Aufgrund der Geschäftsstruktur der Sparda-Bank Hamburg eG ergeben sich Inkongruenzen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite, verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite, sodass sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen auf den Unternehmenserfolg der Bank auswirken (Fristentransformation). Aufgrund der Struktur ergeben sich grundsätzlich Risiken bei steigenden Zinsen. Das Marktpreisrisiko als Gesamtheit von Zinsänderungs- und Kursänderungsrisiko wird ökonomisch auf der Grundlage des dynamischen Value-at-Risk dargestellt. Dem Risiko ist ein festes absolutes Risikobudget zugewiesen, welches regelmäßig überwacht wird.

Aktienkursrisiken und Fondspreisrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Kursänderungen die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Aktien und Fonds an Wert verlieren und dadurch ein Verlust gegenüber dem erwarteten Wert bzw. Planwert der Positionen entsteht. Die Abbildung des Marktpreisrisikos für Aktien und Fonds erfolgt ökonomisch auf Basis von Value-at-Risk-Kennzahlen. Die Abbildung des Marktpreisrisikos für die Immobilien-Risiken erfolgt auf Basis von Wertänderungs-, Ertrags- und Mietausfallrisiken. Im Rahmen des ökonomischen Limitsystems zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden für die Unterarten des Marktpreisrisikos Risikolimits definiert, die auf Ebene des Marktpreisrisikos in einem Einzellimit aggregiert werden. Die Auslastung der Risikolimits wird regelmäßig überwacht. Ein Handelsbuch im Sinne des § 1a KWG wird nicht geführt. Zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos werden Derivate in Form von Swaps (nominell 465,0 Mio. EUR) mit einem beizulegenden Wert von 34.452 TEUR eingesetzt.

Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank Hamburg eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Höhere Refinanzierungskosten sind ein Aspekt dieses Risikos, die durch die Überbrückung von Liquiditätsengpässen anfallen können. Das Liquiditätsrisiko nimmt bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken monetär eine untergeordnete Rolle ein, da die Bank dem Liquiditätsverbund der DZ Bank AG angehört und somit gewöhnlich ein jederzeitiger Ausgleich von möglichen Liquiditätsengpässen über die DZ Bank AG erfolgen kann.

Zur Vermeidung des Risikos der Illiquidität ist u. a. die aufsichtsrechtlich definierte LCR (Liquidity Coverage Ratio – Mindestliquiditätsquote) einzuhalten. Die LCR fungiert als Kennzahl des kurzfristigen Liquiditätsrisikos jedes Kreditinstitutes und stellt das Verhältnis zwischen liquiden Aktiva und möglichen Zahlungsabflüssen der nächsten 30 Tage dar. Darüber hinaus ist die NSFR (Net Stable Funding Ratio) zur Einhaltung einer stabilen Refinanzierung täglich einzuhalten. Zusätzlich ist ein Mindestzeitraum einzuhalten, um verstärkte Zahlungsmittelabflüsse ohne finanzielle Hilfe Dritter durch Vorhalten ausreichender liquider Mittel zu überstehen (Survival Period).

Diese Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute werden deutlich erfüllt, nennenswerte Abruf- und Terminrisiken lassen sich nicht erkennen.

Operationelle Risiken

Unter den operationellen Risiken wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Operationelle Risiken sind z. B. Betriebsrisiken, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs-, Diebstahl- und Datenverarbeitungsrisiken. Darüber hinaus werden zur Identifikation und Beurteilung relevanter potenzieller Risiken auch Erkenntnisse zu aktuellen Schwachstellen (historische Ereignisse z. B. aufgrund von Verlustereignissen) und potenziellen Ereignissen ermittelt. Als Basis für die Messung operationeller Risiken und permanente Bewertung wird eine Schadensfalldatenbank geführt. Ergänzt wird das Vorgehen durch regelmäßige Self-assessments unter Einbeziehung der Risikoverantwortlichen mit einer Bewertung der relevanten operationellen Risiken. Darüber hinaus trägt das innerbetriebliche Überwachungssystem (z. B. arbeitsbegleitende Kontrollen, interne Revision und Arbeitsanweisungen für Mitarbeiter) dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale, wie z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, werden durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert. Das Beschwerdemanagement ist grundsätzlich dezentral organisiert, wobei schriftliche Beschwerden, auch an Vorstand oder Aufsichtsrat gerichtet, zentral in der Abteilung Vertriebsmanagement bearbeitet werden. Bei Schäden oder Erstattungsansprüchen aus fehlerhafter Bearbeitung erfolgt eine Analyse hinsichtlich etwaiger organisatorischer und/oder personeller Schwachstellen. Soweit erforderlich, werden entsprechende Maßnahmen darauf aufbauend eingeleitet. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnet die Bank auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern, insbesondere, soweit es den EDV- und Rechtsberatungsbereich betrifft.

Sonstige Risiken

Unter den sonstigen Risiken betrachten wir nur das Beteiligungs- und das Immobilienrisiko als wesentlich. Das Beteiligungsrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass von der Bank ein-

gegangene Beteiligungen aufgrund von z. B. Dividendenausfall, Abschreibungen, Ergebnisminderungen etc. zu Verlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital führen können.

Das Immobilienrisiko entsteht aus einer nachteiligen Entwicklung des Objektwerts und Erträgen von Immobilienpositionen (d.h. Direktanlagen, Fonds und eigengenutzte Immobilien) in Bezug zu ihrem Erwartungs- bzw. Planungswert. Das Immobilienrisiko teilt sich in die Komponenten Wertänderungsrisiko, Ertragsrisiko und Mietausfallrisiko auf.

Alle sonstigen Risiken nehmen bei der Sparda-Bank Hamburg eG eine unwesentliche Rolle ein. Währungsrisiken, Optionsrisiken, Pensionsrisiken, Kapitalabzugsrisiken und strategische bzw. Geschäftsrisiken sind als unwesentliche Risiken eingestuft.

Querschnittsrisiken

Querschnittsrisiken werden innerhalb anderer Risikoklassen betrachtet und verstärken diese. Dazu zählen Nachhaltigkeitsrisiken, Reputationsrisiken und Modellrisiken.

Inter- und Intra-Risikokonzentrationen

Inter-Risikokonzentrationen werden dadurch berücksichtigt, dass in der Risikotragfähigkeitsberechnung alle Risiken addiert werden. Des Weiteren wird ein Stresstest eines schweren, konjunkturellen Abschwungs durchgeführt, bei dem alle wesentlichen Risiken gestresst werden. Auf diese Weise ist die Wirkung von Inter-Risikokonzentrationen in der Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage angemessen berücksichtigt. In der Risikoinventur erfolgt zudem eine qualitative Bewertung der Inter-Risikokonzentrationen im Rahmen einer Szenarioanalyse.

Gesamtbild der Risikolage

Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Risikoquantifizierungsinstrumentarium eine zeitnahe und detaillierte Risikotransparenz. Durch einen implementierten Kapitalplanungsprozess (normative Sicht) ist sichergestellt, dass ein etwaiger Eigenkapitalbedarf rechtzeitig erkannt wird. Die ökonomische Risikotragfähigkeit war während des gesamten Berichtsjahres gegeben. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Die Sicherstellung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit hat gegenüber weiteren strategischen Zielen die oberste Priorität. Eine permanente Produktivitätssteigerung, hohe Mitgliederzufriedenheit, eine hohe Mitarbeiteridentifikation, -qualität und der Ausbau eines ökologisch nachhaltigen Unternehmensmanagements vervollständigen das strategische Zielsystem.

Das Retailgeschäft soll weiterhin ein Markenkern der Bank sein. Dazu gehören sowohl die Girokonten als auch Private Kredite und Baufinanzierungen. Ziel bleibt hierbei ebenso die Gewinnung neuer Kunden und Mitglieder unserer Genossenschaft.

Im Zuge der Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells wollen wir ab 2026 das Geschäft mit professionellen Immobilienkunden ausweiten.

Im Jahr 2026 werden die Vorbereitungen zur Errichtung unserer neuen Hauptstelle weitergeführt. Nach aktuellem Planungsstand ist die Fertigstellung bis Ende 2028 vorgesehen.

Die Einwerbung von Kundeneinlagen, Girokonten und Mitgliedern stellt auch im Jahr 2026 einen Schwerpunkt dar.

Für das Jahr 2026 planen wir mit einem ähnlichen relativen Kreditwachstum wie im Vorjahr. Zusätzlich zum Kundenkreditgeschäft kann das angestrebte Wachstum der Kundeneinlagen auch im Bereich der Eigenanlagen genutzt werden, um die Ertragsseite zu stärken.

Durch die geplanten Maßnahmen zur Mitgliederwerbung und Dotierungen aus dem Ergebnis erwarten wir für die Gesamtkapitalquote trotz des geplanten Kundengeschäftswachstums eine leichte Steigerung. Im Ergebnis erwarten wir – durch das geplante höhere Kreditwachstum – ein weiter deutlich steigendes Zinsergebnis.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft kann voraussichtlich auch weiterhin nur leicht ausgebaut werden.

Wir erwarten für das Jahr 2026 eine weitere moderate Steigerung der Personalkosten, die hauptsächlich infolge von Tarifierpassungen und Neueinstellungen von Mitarbeitern entstehen werden.

Es wird mit einer moderaten Erhöhung der Sachkosten (inkl. Abschreibungen) im Vergleich zum Vorjahr gerechnet. Die Kostensteigerung lässt sich größtenteils mit inflationsbedingten Preissteigerungen und mit einer Erhöhung der EDV-Kosten sowie der Marketing-Aufwendungen erklären.

Aufgrund der geplanten Entwicklungen erwarten wir für das Teilbetriebsergebnis eine minimal steigende Quote. Wir erwarten, dass die CIR im Vergleich zum Vorjahr konstant bleiben wird.

Das Bewertungsergebnis wird positiv durch Netto- Kursgewinne aus fällig werdenden Eigenanlagen beeinflusst werden. Belastend auf das Bewertungsergebnis könnte sich insbesondere eine rückläufige Entwicklung an den Kapitalmärkten auswirken, zum Beispiel aufgrund anhaltender oder sich verstärkender geopolitischer Risiken wie des gerade ausgebrochenen Krieges in Nahost. Dagegen rechnen wir damit, dass die Kreditrisikovorsorge aufgrund der Folgewirkungen aus der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhöht werden muss.

Insgesamt wird im Jahr 2026 ein Jahresüberschuss nach Steuern leicht über Vorjahreshöhe erwartet.

Hamburg, den 13. März 2026

Der Vorstand

Stephan Liesegang, Christian Heins, Jörn Ehrke

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2025 wahrgenommen. Während des Geschäftsjahres unterrichtete ihn der Vorstand eingehend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand. Soweit Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, wurden die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Im Jahr 2025 hat der Aufsichtsrat insgesamt sechs Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten Strategie, geschäftliche Entwicklung, Risikosituation und geplante Investitionen. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personalausschuss sowie einen Bauausschuss gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung durch unangemeldete Prüfungen überzeugt. Bei seiner Prüfungstätigkeit ließ sich der Ausschuss auch von der Internen Revision der Bank unterrichten. Der Kreditausschuss hat im erforderlichen Umfang bei der Vergabe von Krediten mitgewirkt und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftserledigung überzeugt. Der Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, hat die nach dem Gesetz notwendigen Prüfungen durchgeführt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird in der VertreterInnenversammlung bekannt gegeben. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 stimmt der Aufsichtsrat nach Prüfung ohne Einschränkungen zu. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung. Der Aufsichtsrat empfiehlt der VertreterInnenversammlung, den vom Vorstand vorgeschlagenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen. Nach den Bestimmungen der Satzung scheiden mit Ablauf der VertreterInnenversammlung 2026 Herr Thomas Brandt, Herr Frank Maur und Frau Annegret Pawlitz aus dem Aufsichtsrat aus. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Hamburg, den 24. April 2026

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

Ralph Borkowski

AKTIVSEITE

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			35.051.559,79		31.973
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.359.607,34		64
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1.359.607,34				(64)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	36.411.167,13	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			304.213.833,71		408.006
b) andere Forderungen			81.237.661,66	385.451.495,37	12.264
4. Forderungen an Kunden				2.830.445.212,52	2.591.841
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.218.891.025,04				(2.131.994)
darunter: Kommunalkredite	–				(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten		–	–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		265.292.178,87			200.520
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	249.535.733,67				(195.516)
bb) von anderen Emittenten		1.252.460.714,17	1.517.752.893,04		1.155.546
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.019.035.875,07				(937.036)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	1.517.752.893,04	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				653.491.790,80	653.257
6a. Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			17.330.071,24		17.330
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
an Wertpapierinstituten	–				(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			18.310,00	17.348.381,24	18
darunter: bei Kreditgenossenschaften	7.000,00				(7)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
bei Wertpapierinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				16.201.291,88	3.901
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
bei Wertpapierinstituten	–				(–)
9. Treuhandvermögen				–	–
darunter: Treuhandkredite	–				(–)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			101.626,69		78
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	101.626,69	–
12. Sachanlagen				80.536.594,78	79.190
13. Sonstige Vermögensgegenstände				5.526.300,04	14.052
14. Rechnungsabgrenzungsposten				558.405,68	427
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				–	–
Summe der Aktiva				5.543.825.159,17	5.168.467

PASSIVSEITE	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			2.454.701,80		71
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			94.843.334,92	97.298.036,72	183.401
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		846.132.950,35			851.006
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		52.946.727,27	899.079.677,62		24.058
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.911.321.439,45			2.744.135
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.169.991.356,58	4.081.312.796,03	4.980.392.473,65	941.350
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			–		–
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			–	–	–
darunter: Geldmarktpapiere	–				(–)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–				(–)
3a. Handelsbestand				–	–
4. Treuhandverbindlichkeiten				–	–
darunter: Treuhandkredite	–				(–)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.206.395,64	10.081
6. Rechnungsabgrenzungsposten				58.059,74	78
6a. Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			18.538.622,61		19.037
b) Steuerrückstellungen			12.815.193,56		7.761
c) andere Rückstellungen			11.430.077,53	42.783.893,70	11.063
8.				–	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				–	–
10. Genussrechtskapital				–	–
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–				(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				101.850.000,00	85.100
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–				(–)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			158.463.902,15		134.165
b) Kapitalrücklage			10.492.859,81		10.493
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		19.537.464,62			18.883
cb) andere Ergebnismrücklagen		122.978.000,00			121.239
cc)		–	142.515.464,62		–
d) Bilanzgewinn			6.764.073,14	318.236.299,72	6.546
Summe der Passiva				5.543.825.159,17	5.168.467

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			16.305.321,29		3.876
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	16.305.321,29	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			192.175.271,67	192.175.271,67	176.926
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–				(–)

Gewinn- und Verlustrechnung

01.01. bis 31.12.2025

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		72.049.248,00			69.035
b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		34.289.075,36	106.338.323,36		31.489
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	–				(–)
2. Zinsaufwendungen			-41.260.080,36	65.078.243,00	-40.655
darunter: erhaltene negative Zinsen	–				(–)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			19.689.288,05		14.693
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			547.234,08		543
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			–	20.236.522,85	–
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				–	–
5. Provisionserträge			23.926.020,89		27.241
6. Provisionsaufwendungen			-6.637.002,14	17.289.018,75	-5.119
7. Nettoertrag des Handelsbestandes				–	–
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.608.390,16	4.119
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		81.317,83			(59)
9.				–	–
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-23.560.918,99			-23.723
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-5.693.878,83	-29.254.797,82		-5.122
darunter: für Altersversorgung	-1.197.184,24				(-965)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-28.938.614,52	-58.193.412,34	-26.954
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.877.797,86	-4.501
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-2.322.148,30	-2.331
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-586.366,32			(-356)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-5.712.601,63		-2.665
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			–	-5.712.601,63	–
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-505.802,55		-370
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			–	-505.802,55	–
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				–	–
18.				–	–
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				36.600.412,08	35.680
20. Außerordentliche Erträge			–		–
21. Außerordentliche Aufwendungen			–		–
22. Außerordentliches Ergebnis				–	(–)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-13.015.700,00		-11.481
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-70.638,94	-13.086.338,94	-53
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-16.750.000,00	-17.600
25. Jahresüberschuss				6.764.073,14	6.546
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				–	–
				6.764.073,14	6.546
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			–		–
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			–	–	–
				6.764.073,14	6.546
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			–		–
b) in andere Ergebnisrücklagen			–	–	–
				6.764.073,14	6.546
28a.				–	–
29. Bilanzgewinn				6.764.073,14	6.546

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 835 eingetragen. Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank. Gegenüber dem Vorjahr erfolgte der Ausweis von Beträgen aus der Verrechnung im Zahlungsverkehr unter den Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (zuvor: Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten).

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB). Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig über die Laufzeit aufgelöst wurde. Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet. Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden für Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich wider-

rufflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen) Pauschalwertberichtigungen gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden auf Basis der im genossenschaftlichen Finanzverbund etablierten VR-Rating-Verfahren geschätzt. Die Annahmen zu Kredithöhen im Ausfallzeitpunkt, den zukünftigen Zahlungen und den Sicherheitenverwertungserlösen und -kosten basieren auf einem LGD-Modell. Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Wertpapiere

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag entlehene Wertpapiere wurden bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen, da die wesentlichen Chancen und Risiken, die aus den Wertpapieren resultieren, bei der Bank als Verleiher verblieben.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Aktive latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in der Position Sachanlagen, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des bestehenden Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Der Berechnung der Steuerlatenzen wurden in Abhängigkeit vom Zeitpunkt, in dem sich die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Wertansätzen voraussichtlich abbauen, Steuersätze von 26,82 % bis 32,10 % für Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Hierbei wurde die stufenweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes aufgrund des Gesetzes für ein steuerliches Investitions-sofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagioträge enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der ‚Richttafeln 2018 G‘ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Pensions- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Die Rückstellungen aus Altersteilzeit-Vereinbarungen wurden in Höhe des versicherungsmathematischen Barwerts bemessen. Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen wurden, soweit erforderlich, 6,12 % für 3 Jahre bzw. bei tarifgebundenen Verträgen sowie bei Vorständen 2 % p.a. angenommen. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, sofern relevant, 2,75 % angenommen. Abweichend davon wurde für das Jahr 2026 ein Trend von 2,50 % berücksichtigt. Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit

2,06 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per September 2025). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (2,21 %) ergibt sich ein Unterschiedsbetrag -364.381 EUR. Bei Altersversorgungsverpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrugen 8.958 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 7.745 TEUR. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 12.548 TEUR. Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden abweichend zum Ab-/Aufzinsungseffekt im Personalaufwand ausgewiesen. Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Ergebnisbeiträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 169.071 EUR verrechnet. Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wurde eine kongruente Bewertung auf Basis eines faktorbasierten Bewertungsverfahrens vorgenommen. Im Zuge der Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen im Berichtsjahr mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung bewertet. Zur Rückdeckung von nicht versicherungsgebundenen Altersversorgungszusagen bestehen Rückdeckungsversicherungen. Nach Maßgabe des IDW RH FAB 1.021 werden für die kongruente Bewertung die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung nach dem Primat der Aktivseite bewertet. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2025 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen umfassen ausschließlich breit gestreute Bürgschaftsverträge für Kunden sowie unwiderrufliche Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken aus diesen Verpflichtungen werden im Rahmen des laufenden Kredit- und Risikomanagements überwacht. Grundlage der Risikoeinschätzung ist insbesondere die Bonität der Hauptschuldner sowie die Werthaltigkeit der bestellten Sicherheiten. Erkennbare Risiken wurden durch Einzel- oder Pauschalrückstellungen berücksichtigt. Eine Inanspruchnahme der Eventualverbindlichkeiten wird nach derzeitiger Einschätzung nicht erwartet. Der überwiegende Teil der Verpflichtungen wird voraussichtlich ohne Inanspruchnahme auslaufen. Bei den ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen gehen wir hingegen von einer überwiegenden Inanspruchnahme aus.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01. EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen (+/-) EUR	a) Abgänge b) Zuschüsse EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte Vorjahr EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1.182.692	89.525	–	a) – b) –	1.272.217	101.627	78.345
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	91.628.673	2.884.877	-6.069	a) – b) –	94.507.481	73.793.251	72.591.626
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	30.728.905	1.331.619	6.069	a) 494.957 b) –	31.571.636	6.743.344	6.598.869
a	123.540.270	4.306.021	–	a) 494.957 b) –	127.351.334	80.638.222	79.268.840

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1.104.347	–	–	–	66.243	–	1.170.590
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	19.037.047	–	–	–	1.677.183	–	20.714.230
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	24.130.036	–	436.116	–	1.134.372	–	24.828.292
a	44.271.430	–	436.116	–	2.877.798	–	46.713.112

	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.002.232.662	157.122.230	2.159.354.892
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	17.348.381	–	17.348.381
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.901.292	12.300.000	16.201.292
b	2.023.482.335	169.422.230	2.192.904.565
Summe a und b	2.147.022.605		2.273.542.787

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 385.450.824 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	1.237.662	80.000.000	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	43.428.935	122.082.429	598.032.857	2.041.218.030

In den Forderungen an Kunden sind 25.682.962 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Anteilige Zinsen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 191.579.623 EUR fällig.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von nominal 55.000.000 EUR wurden der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG als Sicherheit verpfändet.

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	50.064.942	50.157.978

Wir halten Anteile an Sondervermögen an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja/Nein
Asset-Allocation	653.491.791	690.935.685	37.443.894	17.984.289	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Immobilien GmbH, Hamburg	100,00	2025	23.234.436	2025	91.134
a) Sparda Beteiligungs GmbH, Hamburg	100,00	2025	201.036	2025	-143.375

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs AG, Hannover	0,0521	2024	1.356.061.605	2024	59.679.950
b) SUMMACOM GmbH & Co. KG, St. Ingbert	9,8200	2024	3.057.344	2024	171.044
c) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,4200	2025	3.212.092.325	2025	122.288.259

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.517.752.893	1.353.071.761	164.681.132	753.378.545
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	430.009	–	430.009	

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 753.378.545 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 739.183.240 EUR.

Es handelt sich um rein zinsinduzierte Marktwertveränderungen, welche auf dem Pull-to-Par-Effekt verzinslicher Wertpapiere beruhen.

In den Sachanlagen sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	EUR	29.832.716
Betriebs- und Geschäftsausstattung	EUR	6.743.344

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Forderungen aus Provisionsgeschäften mit der Union Investment	EUR	4.364.862
---	-----	-----------

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 64.395.984 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	2.724.198	2.305.722	12.140.316	77.673.099
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	–	33.462.052	19.484.675	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	630.162.799	328.618.084	210.948.034	262.440

Anteilige Zinsen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Abführung Kapitalertragsteuer	EUR	1.508.611
-------------------------------	-----	-----------

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 31.610 EUR (Vorjahr: 51.071 EUR) enthalten.

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.754.121	9.329.696

Die im gezeichneten Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	EUR 154.250.920
b) der ausscheidenden Mitglieder	EUR 3.456.798
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	EUR 756.184
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 164

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 01.01.2025	18.882.664	121.239.000	10.492.860
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	654.801	1.739.000	–
Stand 31.12.2025	19.537.465	122.978.000	10.492.860

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 3,500 %	EUR	5.041.317,94
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	EUR	676.755,20
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	EUR	1.046.000,00
Insgesamt	EUR	6 764 073,14

Bei den Eventualverbindlichkeiten ist im Unterposten b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen ein Einzelposten von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank enthalten; der Einzelbetrag liegt bei 12.450.000 EUR.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte mit Zinsswaps des Nichthandelsbestands.

Die Zinsderivate wurden ausschließlich als Sicherungsinstrumente im Rahmen der Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch (Aktiv-/Passiv-Steuerung) abgeschlossen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt. Die beizulegenden Zeitwerte werden ohne rechnerisch angefallene Zinsen angegeben („clean prices“).

Angaben in TEUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	5.000,0	80.000,0	380.000,0	465.000,0	33.472,1	474,4

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes wurde die Marktbewertungsmethode angewandt.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Provisionserträge aus Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, resultieren insbesondere aus der Vermittlung von Investmentfonds.

E. Sonstige Angaben

An die Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge gewährt in Höhe von 1.256.264 EUR.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen 211.282 EUR.

Die Bezüge der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 707.101 EUR.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2025 Pensionsrückstellungen in Höhe von 13.491.373 EUR.

Am Bilanzstichtag betrugen die Forderungen sowie die Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für

Mitglieder des Vorstandes	EUR	1.833.022
Mitglieder des Aufsichtsrates	EUR	760.749

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. aus der Zugehörigkeit zum Garantieverbund durch Abgabe einer Garantieerklärung in Höhe von 7.480 TEUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 433c Abs. 2 CRR) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	222,25	119,50
Gewerbliche Mitarbeiter	3,00	0,25
	225,25	119,75

Außerdem wurden durchschnittlich 28,00 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang 2025	210.840	2.494.410
Zugang 2025	2.088	553.066
Abgang 2025	5.068	81.108
Ende 2025	207.860	2.966.368

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	24.541.798
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	–
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	52
Höhe der Haftsumme	EUR	–
Max. je Mitglied	EUR	–

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter/Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Stephan Liesegang	Aufsichtsrat	DEVK Allgemeine Versicherungs-AG
Stephan Liesegang	Aufsichtsrat	HSV Fußball & Co. KGaA

Mitglieder des Vorstandes

Stephan Liesegang (Vorsitzender), Bankdirektor

Christian Heins (Stellvertretender Vorsitzender), Bankdirektor

Jörn Ehrke – ab 1. Oktober 2025, Bankdirektor

Niels-Helge Pirck – bis 31. März 2025, Bankdirektor

Mitglieder des Aufsichtsrates

Ralph Borkowski (Vorsitzender), Versichertensprecher der DB AG bei der Knappschaft-Bahn-See

Ernst-Otto Müller (Stellvertretender Vorsitzender bis 17. Juni 2025), Pensionär

Thomas Brandt, (Stellvertretender Vorsitzender ab 17. Juni 2025), Vorsitzender Gesamtbetriebsrat DB InfraGO AG

Thorsten Klimm, Betriebsratsvorsitzender S-Bahn Hamburg AG

Gabriele Maack, Pensionärin

Frank Maur, Rentner

Michael Meixner, Fachreferent Infrastruktur personenbedienter Verkauf und Automat bei der Deutschen Bahn AG / DB Vertrieb GmbH (ab dem 17. Juni 2025)

Manuela Norbeck, freigestellte Betriebsratsvorsitzende der DB Fernverkehr AG Hamburg

Annegret Pawlitz, Pensionärin

Ute Plambeck, Konzernbevollmächtigte DB für die Länder Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen

Hamburg, den 28. Januar 2026

Sparda-Bank Hamburg eG

Der Vorstand

Stephan Liesegang, Christian Heins, Jörn Ehrke

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2025 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Hamburg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Hamburg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Hamburg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen

gen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 01. Januar bis 31. Dezember 2025 106.212 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 318,52.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 36.600 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 13.016 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Hamburg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

„An die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hamburg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prü-

fung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresab-

schlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung,
- b) prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse und
- c) Verweis auf weitergehende Informationen.

Bewertung der Kundenforderungen

a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.830 Mio. EUR. Dies entspricht 51,1 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.171 Mio. EUR. Dies entspricht 39,2 % der Bilanzsumme. Davon werden wesentliche Teile wie Anlage-

vermögen bewertet. Durch die Bewertung wie Anlagevermögen wurden Abschreibungen bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung von 14,2 Mio. EUR vermieden. Bei der Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen zu Grunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Bestände von Wertpapieren analysiert, deren Bewertungen mit erhöhter Ermessensentscheidung behaftet sind. Anhand ausgewählter Einzelfälle haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Ermessensentscheidungen und genutzten Bewertungswahlrechte risikoorientiert im Hinblick auf erhöhte Bewertungsunsicherheiten nachvollzogen. Bei Verzicht auf Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei Wertpapieren des Anlagevermögens haben wir beurteilt, ob die Wertminderung lediglich von vorübergehender Natur ist. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die von der Genossenschaft dabei herangezogenen Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks. Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebe-

richt erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können. Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen. Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 24. April 2026

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer“

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank Hamburg eG
Präsident-Krahn-Straße 16–17
22765 Hamburg
Telefon: 040 550055-1513
www.Sparda-Bank-Hamburg.de

Gesamtkoordination:

ppa. Axel Krohn
Generalbevollmächtigter/
Pressesprecher,
Sparda-Bank Hamburg eG

Konzeption:

HMC Verlag
Hamburg Media Company GmbH
Beim Strohause 27
20097 Hamburg
Telefon: 040 413639-0
www.hmc.de

Redaktion:

Jörn Rehbein, Thomas Zander

Grafik: Stephan Halm,
Aleksandra Lugyna

Titel: Getty Images/Olena Malik

Zur Verbesserung der Lesefreundlichkeit wird zum Teil auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers verzichtet und bei Personenbezeichnungen oder personenbezogenen Hauptwörtern das generische Maskulinum angewandt. Wir möchten darauf hinweisen, dass diese Begriffe grundsätzlich für alle Geschlechter gelten und unsererseits keine Wertung enthalten.

